

Das Parlament ist kein Gericht

„Eine Warnung: Parlament, werde wesentlich!“, Gastkommentar von Erhard Busek, 4. 7.

Es ist gut, dass sich alte Politiker, die außer Dienst sind, zu Wort melden. In anderen Kulturen sind die „weisen Männer“ gefragt und werden befragt. Das Parlament solle in die Zukunft schauen, fordert Busek. Ja! Die Zukunft ist wichtiger als die Vergangenheit.

Vergehen sollten von Gerichten abgehandelt werden und nicht von den Volksvertretern. Außerdem geht es hier nicht um Aufklärung, sondern um „sich in Szene

setzen“. Politische Interessen gehen vor „Wahrheit finden“.

Prof. Dr. Johann Günther, 2371 Hinterbrühl

Eine Warnung: Parlament werde wesentlich!

Gastkommentar. Bisher ist das Echo des Ibiza-Untersuchungsausschusses kein sehr gutes!

VON ERHARD BUSEK

Angelus Silesius hat den Menschen zugerufen, wesentlich zu werden. Umso mehr gilt das in einer Demokratie für das Parlament. Untersuchungsausschüsse sind ein essenzielles Recht und auch für Kontrolle und Hygiene einer Republik notwendig. Umso schmerzlicher dazu eine Feststellung von jemandem, der sein politisches Leben im Parlament begonnen hat und heute noch in einer Demokratiewerkstatt einer Stiftung involviert ist: Thema verfehlt, Darstellung verfehlt!

Wenn sich nun die Abgeordneten wünschen, dass die Untersuchungsausschüsse permanent im TV übertragen werden, kann man nur davor warnen. Wer sich ein bisschen umhört, stellt fest, dass die Erwartungen aufgrund der bisherigen Erfahrungen in die Ergebnisse solcher Ausschüsse sehr gering sind und die gegenwärtige Darstellung eher zur Kritik am Parlamentarismus führt, noch dazu, wenn die ganze Übung angeblich zwei Millionen Euro kostet.

Warum? Es gelingt allen Beteiligten nicht, zu den wesentlichen Fragen vorzudringen, wobei möglicherweise die einen ein Interesse haben, dass es nicht passiert, die anderen sich aber in Nebenthemen, Zwischenrufen oder formaler Kritik verrennen. Ein Zuruf an die Parlamentarier des Ausschusses, wenn nicht an alle: Widmet euch den wesentlichen Problemen etwa in der Nachcoronazeit wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Anstieg von Firmenkonkursen, Armut und soziale Spannungen, nicht zuletzt der Sicherheitsfrage, wie es die Geschehnisse in Favoriten durchaus auch vermitteln. Es wäre ein Untersuchungsausschuss empfehlenswert, der sich mit der Frage beschäftigt, was das Parlament in der gegebenen Situation wirklich leisten soll und wofür es eine durchaus notwendige Tribüne sein kann, noch dazu, da wir dringend einige Reformen brauchen, so etwa die Effizienz der Justiz, die Bewilligung der wirklichen Polizeiaufgaben von heute, eine Quali-

tätsverbesserung der Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt eine Europaorientierung, die dazu führt, dass gemeinsam Probleme gelöst werden. Diese Diskussion sollte man dann übertragen, wobei sie eigentlich täglich im Wege von Äußerungen, Kommentaren, Vorschlägen und Überlegungen stattfinden müsste!

Ich warne: Das Echo des Untersuchungsausschusses und bislang streckenweise der Qualität der Demokratie ist kein sehr gutes! Natürlich gibt es eine Menge von Verantwortlichen aus Wissenschaft bis Medien, die bereit sind, sich politisch zu engagieren und entsprechende Qualität zuzulassen.

Hohes Haus, bitte ans Werk!

Eine Krise ist im Wortsinn des griechischen Ursprungs eine Zeit der Beurteilung und Entscheidung. Selbst Untersuchungsausschüsse sollten sich den Zukunftsaspekten der Politik widmen, und nicht allein der Aufbereitung von Skandalen aller Art. Die Bürger dieser Republik sind ohnehin überzeugt, dass sich die Politik mehr in Grauzonen bewegt als in klaren Richtungen. Es wäre die Aufgabe aller Politiker aller Parteien und auch der Medien, dafür zu sorgen, dass die positiven Möglichkeiten für unsere Zukunft stärker sichtbar werden. Das kann man nicht genug untersuchen. Bitte nicht vergessen: Allein eine Öffentlichkeit für wechselseitige Kritik von Politikern und Parteien zu gewinnen kann nicht der Sinn des Parlaments sein. Nochmals: Parlament werde wesentlich!

Hohes Haus, liebe Abgeordnete, geschätzte Verantwortliche in den demokratischen Institutionen, bitte ans Werk!

Dr. Erhard Busek (* 1941) war von 1978 bis 1987 Vizebürgermeister von Wien. Von 1991 bis 1995 war er ÖVP-Bundesparteiobermann und Vizekanzler einer Großen Koalition. Er war von 2002 bis 2008 Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa und von 2000 bis 2012 Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

E-Mails an: debatte@diepresse.com